

# Was können Kirchengemeinden gegen Rechtsextremismus tun?

## D. Söllig

Aus: epd-Dokumentation 35/2007: »Rechtsextremismus in der Gesellschaft. Und Kirche? Zum gesellschaftlichen und kirchlichen Umgang mit Rechtsextremismus«. Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen, Erfurt, 23. - 25. 3. 2007

### **Erfahrungsbericht über die gemeinsame Arbeit der Kirchengemeinde und des Bündnisses gegen Rechtsextremismus in Schleusingen**

Schleusingen ist eine Kleinstadt mit knapp 6000 Einwohnern am Südhang des Thüringer Waldes mit sieben eingemeindeten Dörfern. Im Stadtparlament hat die CDU die Mehrheit. SPD, PDS, FDP und freie Wähler sind vertreten. Zur Evangelischen Kirchengemeinde gehören etwa 2000 Gemeindeglieder, etwa 400 Mitglieder zählt die Katholische Gemeinde. Es gibt ein traditionsreiches Gymnasium, eine Regelschule und eine Grundschule, sowie ein Rehabilitationszentrum für behinderte Jugendliche. Diverse Vereine entfalten Aktivitäten, auch für Jugendliche, allen voran die freiwillige Feuerwehr. Im Jugendzentrum gibt es viele Angebote zur Freizeitgestaltung. Zum kulturellen Leben in der Stadt tragen die Kirchen, die Schulen und der Künstlerhof »Roter Ochse« bei.

In ihm veranstaltet der zugehörige Verein Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen. Er beherbergt je einen jungen Stipendiaten, der dort tätig ist und auch nach außen wirkt. In der ehemaligen Residenz der Henneberger Grafen, der Bertholdsburg, befindet sich das naturhistorische Museum mit dem Museumsverein, der nicht unerheblich das öffentliche und kulturelle Leben prägt und bereichert. Seit mehr als 100 Jahren gibt es das Seniorenzentrum »Wilhelm-Augusta-Stift«. Die Johanniter sind in Schleusingen mit einer Rettungswache präsent.

Seit November 2001 bin ich als Pfarrerin in Schleusingen tätig. Im Frühjahr 2003 erfuhr ich über eine Mitarbeiterin der Kirchengemeinde von einem Überfall auf Jugendliche durch rechtsextreme Jugendliche auf dem Schleusinger Marktplatz nach einer Jugendweihefeier. Die Betroffenen und ihre Eltern, so die Aussage der Mitarbeiterin, wollten aus Angst jedoch keine Anzeige erstatten. Zuerst hatte die Leiterin des Jugendzentrums von dem Übergriff erfahren und sich an unsere Mitarbeiterin gewandt. Wir alle sagten: Da können wir nicht einfach zusehen, wir müssen etwas tun! Dies war die Initialzündung für das Entstehen und Wachsen des heutigen Bündnisses gegen Rechtsextremismus. Schon länger, verstärkt seit 2002 gab es Aktivitäten der rechten Szene in Schleusingen. Nicht nur auf Laternenpfählen waren NPD-Aufkleber zu sehen, sogar die Gedenktafel der ehemaligen Synagoge wurde damit verschandelt und später auch noch zu unserem Entsetzen mit Exkrementen geschändet. Angst macht sich breit. Die Menschen sind eingeschüchtert.

Wir können da nicht mehr zusehen, das war der Konsens einer kleinen Gruppe, die sich im Frühjahr nach eingangs erwähntem Überfall im Gemeindehaus der Evangelischen Kirchengemeinde traf. Sie bestand lediglich aus drei bis vier Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinde, der Leiterin des Schleusinger Jugendzentrums und einigen Jugendlichen. Zunächst war die Ratlosigkeit groß. Zugleich machen sich die Rechten weiter in Schleusingen breit, besetzen den Marktplatz und betrachten ihn als ihr Territorium, belästigen weiter nicht rechtsgerichtete Jugendliche und zeigen so deutlich Präsenz in der Stadt. Was können wir nur tun, fragten wir uns immer wieder. In einem Jugendgottesdienst wurde die Situation erstmals öffentlich thematisiert.

Nach vielen Gesprächen war uns klar: Wir müssen eine breitere Öffentlichkeit einbeziehen. Mit Unterstützung der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT) organisierten wir im Oktober 2003 eine Zusammenkunft von Vertretern der Stadt, den Schulleitern der Schleusinger Schulen und Jugendlichen. Bei diesem ersten Treffen zeigte es sich, dass die dazu eingeladenen Vertreter z.B. der Stadt die Bedrohlichkeit der Situation noch nicht erkannt hatten. Da war noch von »Dummen-Jungen-Streichen« die Rede. Noch kam es nicht zu einem gemeinsamen Handeln. Trotzdem beschließt die kleine Initiativgruppe, das Thema rechtsextreme Gewalt und Bedrohung in Schleusingen öffentlich zu machen. Im März 2004 fand diese Veranstaltung, unterstützt und begleitet von MOBIT, im Saal des Künstlerhofes »Roter Ochse« statt. Auf dem Podium diskutierten der Bürgermeister, der Polizeichef, ein Vertreter des Jugendclubs, ein Schulsprecher und MOBIT. Ein Vertreter des evangelischen Gemeindekirchenrates moderierte die Veranstaltung.

Er konnte die rechtsextremen Jugendlichen, die gekommen waren und sich in die erste Reihe gesetzt hatten, wenigstens in die zweite Reihe beordern. Auch in dieser Veranstaltung wurde deutlich, wie unterschiedlich die Lage eingeschätzt wurde. Ein Vertreter der Polizei äußerte, es gäbe keine rechte

Szene in Schleusingen, wiewohl einige dieser Szene mit im Raum waren. Der Besuch durch die Schleusinger Bürger hielt sich in Grenzen. Deren Bereitschaft, mit zu diskutieren, war stark gebremst durch die Anwesenheit der Leute aus der rechten Szene. Gegen Ende der Veranstaltung wurden der Bürgermeister und der Vertreter der Kirchengemeinde von ihnen beleidigt und beschimpft. Auch wurden in derselben Nacht die Scheiben des Döner-Imbisses am Marktplatz eingeworfen. Nach dieser Veranstaltung sank einigen aus unserer kirchlichen Initiativegruppe deutlich der Mut. Wir ermutigten uns gegenseitig, dennoch dranzubleiben.

Als bekannt wurde, dass die Neonazis im Mai 2004 einen Aufmarsch in Schleusingen planen, kamen Vertreter der SPD auf unsere Gruppe zu, um gemeinsam mit uns etwas dagegen zu unternehmen. So erweiterte sich die kleine aktive Gruppe und nannte sich nun Initiative »Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt«. Sie war getragen von Vertretern beider Kirchengemeinden, der SPD, den Jusos und der PDS. Die Gruppe traf sich im Evangelischen Gemeindezentrum. Heftige Strategiedebatten wurden in diesem Kreis und auch mit dem Bürgermeister geführt, der von öffentlichen Gegendemonstrationen abriet, um den Nazis nicht erst recht Aufmerksamkeit zu verschaffen. So organisierte die Initiative »Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt« ein ökumenisches Friedensgebet in der St. Johannis-Kirche als Reaktion auf den Aufmarsch der NPD. Der fand schließlich nicht im Mai, sondern erst am 5. Juni statt. Typisch war auch hier wieder das Verwirrspiel der Braunen mit Terminen und deren Änderungen. Während am 5. Juni 2004 auf dem Markt etwa 70 Neonazis aufmarschieren, trafen sich in der St. Johannis-Kirche rund 250 Menschen zum friedlichen Protest. Dabei waren Vertreter aller Parteien, der Bürgermeister, der Superintendent. Mehrere, auch nicht kirchlich gebundene Menschen ergriffen ermutigt das Wort. Dies war ein erstes starkes öffentliches Signal der Stadt gegen Rechts.

Am Gymnasium, am evangelischen Gemeindezentrum, am Rathaus und an einigen Privathäusern hingen Friedensfahnen, die das Bündnis beschafft und die eine mutige Buchhändlerin an Bürger verkauft hatte. Die Neonazis blieben trotzdem zunächst weiter in der Stadt aktiv. Sie trafen sich fast täglich auf dem Markt, randalierten, belästigten Passanten und attackierten Geschäfte von Menschen ausländischer Herkunft. Ein Klima der Angst machte sich breit. Der Bürgermeister erteilte zwei rechten Jugendlichen Marktplatzverbot. Dies wurde jedoch später durch das Gericht aufgehoben. Schließlich bezog Bürgermeister Klaus Brodführer, der vorher noch zur Zurückhaltung geraten hatte, in einem Aufsehen erregenden Zeitungsartikel Stellung gegen die sich verstärkende rechte Gewalt in Schleusingen und beteiligte sich aktiv an den von der Initiative vorbereiteten Aktionen. Nun waren alle gesellschaftlichen Kräfte beteiligt am Vorgehen gegen den Rechtsextremismus in Schleusingen. Im Oktober gab es, initiiert vom Bürgermeister, erste Beratungen zur Bildung eines Präventionsrates mit allen demokratischen Kräften, den Kirchen, mit der Koordinierungsstelle Gewaltprävention, der Polizei und dem Verfassungsschutz. Etwa zeitgleich wurde der NPD-Kreisverband unter Führung von Tommy Frenck aus Schleusingen gegründet.

Die Nazis ruhten nicht, aber auch die demokratischen Kräfte arbeiteten beharrlich weiter. Inzwischen war der Kreis noch größer geworden. Die Initiative »Bunte Vielfalt gegen braune Einfalt« hatte sich zu einem starken Bündnis gegen Rechts entwickelt, und nannte sich nun auch so. Vertreter beider Kirchengemeinden, aller im Stadtrat vertretenen Parteien (SPD, CDU, PDS, Freie Wähler), des Jugendzentrums Wiesenbauschule, der Jusos, der jungen Gemeinde sowie engagierte Bürger gehören dazu. Treffpunkt war und blieb das Gemeindezentrum der Evangelischen Kirchengemeinde. Es wurde eine Großveranstaltung mit Friedensgebet für den 9. November 2004 vorbereitet. 500 Menschen erlebten in der Kreuzkirche ein beeindruckendes Friedensgebet, gingen zur Synagoge, hielten dort ein Gedenken und veranstalteten auf dem Marktplatz eine Kundgebung.

Im Januar 2005 fand sich in den Briefkästen - wie schon öfter - ein Nazi-Flugblatt. Darin wurde Schleusingen von der »Koordinierungsstelle für den nationalen Widerstand in Thüringen« öffentlich zur Frontstadt erklärt. Weitere Aktivitäten in Schleusingen wurden von den Rechten angekündigt, so zum 29. Januar. Das Bündnis gegen Rechts organisierte daraufhin ebenfalls zum 29.01.2005 mit einer Zeitverschiebung eine Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz. Es kamen zur Bündnisveranstaltung bei klirrender Kälte 350 Teilnehmer. Die Botschaft lautete: »Wir werden die Stadt niemals den Nazis überlassen!« Zu den prominenten Rednern gehörten die Schleusinger Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke, Superintendent Herzfeld und Pröpstin Begrich aus Erfurt. Eine Stunde nach dieser Gedenkveranstaltung marschierte die NPD mit rund 90 Teilnehmern auf. Viele der Kundgebungsteilnehmer gegen Rechts harrten bei der großen Kälte im Schnee aus und wehrten sich mit Trillerpfeifen und »Nazis-raus!«-Rufen gegen die rechten Parolen. 250 Polizisten begleiteten die Veranstaltungen. Sie hatten die Nazis so mit ihren Autos umstellt, dass von ihren Reden nichts nach draußen drang. Die Trillerpfeifen taten das Ihre. Es gab keine Ausschreitungen. Später - auf ihrer Internetseite - bewerteten die Nazis die Menschenmenge auf dem Markt als ihren

Erfolg, ein weiterer Beweis der Verlogenheit.

Im Nachgang zu dieser Konfrontation kam es wiederum zu intensiven Strategiedebatten. Das Bündnis einigte sich: Wir werden nicht mehr nur reagieren, sondern aktiv gegen Rechts agieren. Es beschloss ein Jahresprogramm, das von MOBIT unterstützt wurde. Kontinuierlich über das Jahr verteilt fanden Veranstaltungen, Ausstellungen, Gespräche, öffentliche Aktionen, Filmvorführungen usw. statt. Damit hat die Arbeit des Bündnisses gegen Rechts eine neue Qualität erreicht. Im März z.B. kam der Aussteiger aus der rechten Szene Matthias Adrian zu Veranstaltungen. Es gab eine Kunstaktion an allen Schulen der Stadt: Schüler malten und zeichneten Friedensbilder. Diese Bilder wurden später in den Schaufenstern der Innenstadt ausgestellt. Die Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages Cornelia Sonntag-Wolgast sprach im Gemeindezentrum und der Regelschule zum Thema: »Bedrohung von rechts und wie man ihrer Herr wird«.

Am 8. Mai 2005 wurde auf dem Markt ein großes und buntes Friedensfest gefeiert, organisiert durch das Bündnis gegen Rechts aus Anlass 60 Jahre Kriegsende und Ende der Nazidiktatur. Es war ein eindrucksvolles Bekenntnis für eine friedliche Stadt, in der Gewalt, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben. Aus dem ökumenischen Friedensgottesdienst in der Kirche wurden weiße Rosen auf den Markt getragen und verteilt. Von den Kirchen über die Schulen und Vereine, bis hin zu den Taubenzüchtern, die Friedenstauben fliegen ließen, der Polizei, den Johannitern, Motorsportlern und vielen Geschäftsleuten waren Menschen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens aktiv beteiligt, insgesamt waren etwa 40 Einzelpersonen oder Gruppen als Akteure dabei. In der Nacht zuvor hatten Mitglieder der rechten Szene die ganze Stadt, und ganz massiv Kirche und Gemeindezentrum mit Hunderten Aufklebern »geschmückt«: »1945 – Wir feiern nicht!« Bürgermeister Klaus Brodführer übergab während des Friedensfestes die Friedensbilder der Schüler an die Geschäftsleute. Sie wurden in den darauf folgenden Tagen in den Schaufenstern vieler Schleusinger Geschäfte in der Innenstadt ausgestellt, als weiteres Zeichen, den Boden der Stadt nicht den Neonazis zu überlassen. Aber nicht alle Geschäftsleute waren bereit, Zeichnungen auszustellen. Auf Bitte von Iris Gleicke kamen im Mai die Eurobiker für den Frieden nach Schleusingen, um die Stadt in ihrem Kampf gegen Rechts zu unterstützen. Die Ausstellung »Es betrifft Dich« des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde im Sommer gezeigt. Die Neonazis aber agierten weiter und waren vor allem unter Alkoholeinfluss gewaltbereit. Am Rande des Stadtfestes im Juni hat es mehrere Schlägereien gegeben. Zunehmend waren auch Mädchen der rechten Szene gewalttätig.

Dennoch konnte der Präventionsrat feststellen, dass es mit der »Frontstadt« Schleusingen wohl nichts geworden ist. Außer der Veranstaltung am 29. Januar hatten die Nazis in Schleusingen keine größeren Aktionen gezeigt. Das wurde als Ergebnis der Arbeit des Bündnisses gegen Rechts und des Präventionsrates gewertet. Einig waren sich alle Aktiven, dass dennoch keine Entwarnung gegeben werden darf. Die Arbeit muss kontinuierlich fortgesetzt werden, das war Konsens. So geschah es in den folgenden Jahren. In Zusammenarbeit mit MOBIT, mit der Landesstelle für Gewaltprävention, mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie durch Vermittlung von Referenten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens durch die Bundestagsabgeordnete Iris Gleicke wurde Jahr für Jahr ein vielfältiges und kontinuierliches Veranstaltungsangebot erarbeitet und organisiert. Dieses führte zu einem »Schneeballeffekt«. Die Schulen begannen, selbst Weiterbildungen und Aktionen zu organisieren. Vereine wurden aktiv. So nahm der Fußballverein zur WM Kontakt mit dem Bündnis auf, um bei einer Spielübertragung auf dem Markt dem Bündnis die Möglichkeit öffentlicher Statements gegen Rechts mit Hilfe der vorhandenen Übertragungstechnik zu ermöglichen.

An drei festen Daten finden jährlich Veranstaltungen statt, die mit einem ökumenischen Friedensgebet verbunden sind: am 27. Januar, dem Holocaustgedenktag, am 8. Mai und am 9. November. Immer wieder neu sind Bemühungen nötig, auch die CDU im Bündnis zu halten. Um Befindlichkeiten wegen des Namens »Bündnis gegen Rechts« auszuschließen, hat sich das Bündnis inzwischen in »Bündnis gegen Rechtsextremismus« umbenannt. Immerhin ist der Bürgermeister bei öffentlichen Veranstaltungen da und positioniert sich klar. Doch in der kontinuierlichen Bündnisarbeit sind die linken Parteien stärker vertreten. Das zu ändern, bemüht sich das Bündnis weiter. Eine gute Voraussetzung dafür ist der Treffpunkt, das evangelische Gemeindezentrum.

Die rechte Gefahr ist noch nicht überwunden. Doch der Erfolg der Arbeit des Bündnisses zeigt sich z.B. am Wahlergebnis der Bundestagswahl 2005. Die NPD bekam in ihrer »Frontstadt« nur 3,2 % der Stimmen. Auch, wenn es traurig genug ist, dass die NPD von 116 Schleusinger Bürgern gewählt wurde, so ist doch festzustellen, dass sie in umliegenden Orten zum Teil 8-11 % der Stimmen und mehr bekommen hat, und Schleusingen also deutlich darunter liegt. Auch ist das Klima der Angst in

der Stadt gewichen, und das Engagement gegen Rechtsextremismus wird von vielen Bürgern wenigstens punktuell und bei Veranstaltungen mitgetragen. Die rechte Szene und der NPD-Kreisverband haben ihre Aktivitäten nach Hildburghausen verlagert. So hält das Schleusinger Bündnis die Verbindung auch dorthin, und bemüht sich um Unterstützung und Vernetzung. Ein ganz wichtiges und großes Ziel der Bündnisse ist es, den Einzug der NPD in die Parlamente bei den nächsten Wahlen zu verhindern. Das wird nicht leicht sein, aber die Erfahrungen in Schleusingen zeigen, dass es Sinn hat, gemeinsam gegen Rechtsextremismus anzutreten, kontinuierlich zu informieren und zu sensibilisieren, und gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktionen zu organisieren, um so zum gemeinsamen Widerstand gegen Rechtsextremismus zu ermutigen und zu mobilisieren.

### **Was können Kirchgemeinden tun?**

Auf dem Hintergrund des hier gegebenen Erfahrungsberichtes aus Schleusingen möchte ich nun in zehn Punkten die Frage beantworten:

Was können Kirchgemeinden tun?

1. Sie können Anlaufstellen und Ansprechpartner für Betroffene und Opfer rechter Gewalt sein und dafür Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr haben.
2. Sie können die Initiative ergreifen, indem sich in ihnen Menschen zusammensetzen, um aus der Ohnmacht, Resignation und Passivität herauszufinden.
3. Sie können das Subjekt sein, das die Bildung eines Bündnisses gegen Rechtsextremismus initiiert und leitet.
4. Sie können den neutralen Boden darstellen und bereitstellen, auf dem sich alle zum Engagement gewillten unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung treffen und versammeln können.
5. Sie können die nötige Infrastruktur wie z.B. Räumlichkeiten und Verwaltungskapazitäten sowie ihre Möglichkeiten der Information und Öffentlichkeitsarbeit der Bündnisarbeit zur Verfügung stellen.
6. Sie können die Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Gemeindekirchenräten thematisieren und sich mit einem Gemeindekirchenratsbeschluss offiziell und öffentlich hinter die Arbeit der Bündnisse stellen.
7. Sie können in der Jahresplanung ihrer Gemeindegemeinschaft feste Punkte erarbeiten und inhaltlich füllen, an denen sie gemeinsam mit anderen Akteuren oder auch allein Gottesdienste, Friedensgebete oder andere Veranstaltungen anbieten, um die Vergangenheit präsent zu halten, zu Gedenken und um rechtsextreme Denkmuster und Einstellungen, wie sie auch in den Kirchengemeinden vorhanden sind, langfristig zu ändern.
8. Sie können das Thema Rechtsextremismus in all seinen Auffächerungen in allen Gemeindekreisen und Gruppen so weit als möglich kontinuierlich präsent halten.
9. Sie können zur theologischen Aufarbeitung der eigenen Schuldgeschichte und zur Vergangenheitsbewältigung beitragen, indem sie »Rechtsextremismus und Kirche« auf allen Ebenen kirchlichen Handelns, vom Gesprächskreis in der Gemeinde über die Pfarr- und Mitarbeiterkonvente bis hin zu den Synoden thematisieren und die eigene persönliche Auseinandersetzung auch der kirchlichen Mitarbeiter fördern.
10. Sie können das Wächteramt auf allen Ebenen kirchlichen Handelns wahrnehmen und sich öffentlich zu politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus stehen, äußern, lokal vor Ort aus jeweils gegebenem Anlass und grundsätzlich, z.B. indem sie ein Votum der Kirchenleitungen an die Bundesregierung für die Aufnahme eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens oder an Bund und Länder für die Finanzierung von MOBIT einfordern.

Diese Punkte sind in der Praxis in Schleusingen zum großen Teil erprobt, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind sicher auch nicht überall gleichermaßen umzusetzen, mögen aber anderen Gemeinden Anregung sein, ihre eigenen Möglichkeiten im Engagement gegen Rechtsextremismus zu entdecken und zu leben.